



Presseschau vom 22.12.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends/Nachtrag:

mptdnr.ru: Am 21. Dezember wurde im Leninskij-Bezirk von Donezk feierlich ein Geschäft der Kette „Erster republikanischer Supermarkt“ eröffnet. An der Veranstaltung nahmen der Minister für Industrie und Handel Alexej Granowskij und die stellvertretende Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Olga Makejewa teil

Dies ist das 64. Geschäft dieser Handelskette in der DVR und wird neben den Einwohnern des Leninskij-Bezirks vor allem die Arbeitskollektive der staatlichen Unternehmen „Jusowskij Metallfabrik“ und „Donezker Metallfabrik“ und deren Familien versorgen.

„Bei der Bürgersprechstunde haben sich Arbeiter der Fabriken an mich gewandt, dass ein Lebensmittelsupermarkt in der Nähe der Fabrik notwendig ist. Zu Friedenszeiten gab es dort einen, aber er hat seinen Betrieb mit den Kämpfen eingestellt. Und nun, kurz vor Beginn des Jahres 2018 haben wir ein schönes Geschenk für die Arbeiter der Fabrik, der Lebensmittelsupermarkt wird eröffnet. Dies ist ein gutes Beispiel, wie Bedürfnisse, die die Bürger vorbringen, effektiv von den Behörden berücksichtigt werden“, sagte Olga Makejewa. Nach den Worten des Ministers Alexej Granowskij wurde das Geschäft in kürzester Zeit eröffnet. „Die Eröffnung dieses Geschäfts wurde operativ vorbereitet. Es gibt hier etwa 20.000 verschiedene Produkte, davon etwa 40% aus einheimischer Produktion“, unterstrich er.

Solche Objekte haben nach seinen Worten eine wichtige sozialökonomische Bedeutung, sowohl für die konkrete Stadt als auch für die Republik insgesamt. „Dies ist ein Wachstum des Warenumsatzes, sozialer Schutz für die Bevölkerung, neue Arbeitsplätze. Beispielsweise bedeutet die Eröffnung nur eines Supermarkts 30 zusätzliche Arbeitsplätze für die Bürger“, fasste Alexej Granowskij zusammen.

Dan-news.info: „Tagsüber wurde **Dolomitnoje im Nikitowskij-Bezirk von Gorlowka** beschossen. In der Shelesnodoroshnaja-Straße wurden fünf Häuser beschädigt“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit. Informationen über Verletzte werden noch ermittelt.

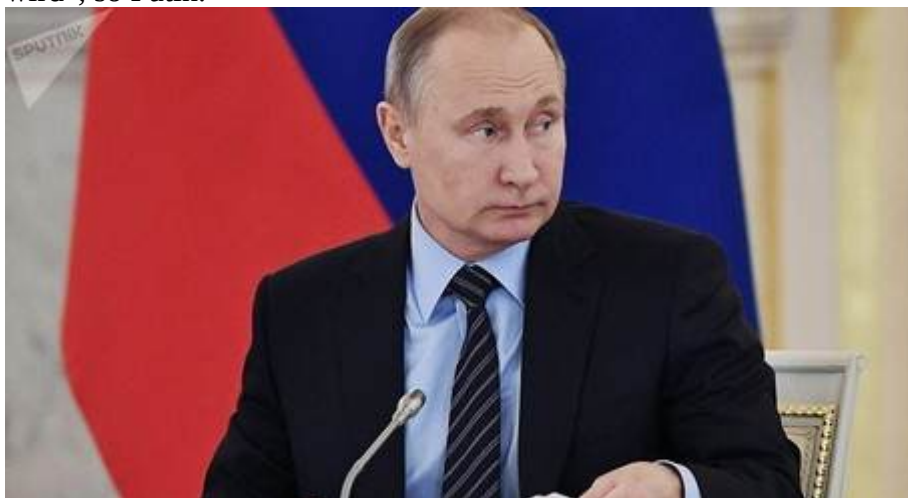
Lug-info.com: „Die ukrainischen Streitkräfte verletzen trotz der in Minsk unterzeichneten Vereinbarungen im Vorfeld der Weihnachts- und Neujahrsfeiertage weiter das „Regime der Ruhe“, beschießen das Territorium der LVR, was zu Opfern, sowohl unter der Zivilbevölkerung als auch unter den Soldaten der Volksmiliz führt“, teilte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko mit. „Heute wurde beim Beschuss des Territoriums der LVR **ein Soldat der Volksmiliz der LVR durch eine Kugel tödlich verletzt**. Dies bestätigt ein weiteres Mal, dass das offizielle Kiew zielgerichtet das Genozid am eigenen Volk fortführt“, unterstrich Marotschko.

de.sputniknews.com: Putin über Methoden zur Vorbeugung möglicher Aggression gegen Russland:

Die Politik Russlands in Sachen internationale Angelegenheiten besteht darin, die Möglichkeit eines aggressiven Verhaltens gegenüber dem Land zu nivellieren, sagte der russische Präsident Wladimir Putin am Donnerstag in einer Sitzung des Rates für Kultur und Kunst. „Unser Ziel besteht eben darin, eine Politik – im Innen- und im Außenbereich – so zu betreiben und die Verteidigungsfähigkeit des Staates so zu erhöhen, dass es jemandem nicht einmal in den Sinn kommt, Schläge gegen staatliche oder militärische Leitungszentren zu führen“, so Putin.

Der Präsident reagierte damit auf die Bemerkung des Filmregisseurs Alexander Sokurow, dem zufolge das weltbekannte Museum Eremitage in Sankt Petersburg wegen seiner Nähe zur Admiralität im Falle einer möglichen Aggression Angriffen ausgesetzt sein könnte.

„Nun zur Ortslage der Admiralität, die in enger Nachbarschaft zur Eremitage liegt und diese dadurch gefährdet sein soll, weil die Admiralität das Ziel für einen Schlag vonseiten eines eventuellen Gegners sei: Wenn die Admiralität ein Ziel ist und wir zulassen sollten, dass ein eventueller Gegner Schläge gegen sie führt, wird nicht nur von der Eremitage nichts übrig bleiben. Ich möchte hier nicht aufzählen, was bei uns dann massiven Risiken ausgesetzt sein wird“, so Putin.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31880/10/318801000.jpg>

Dan-news.info: Die offizielle Seite der DVR wurde heute mit einer heftigen DDoS Attacke überzogen. Dies teilt die Administration des Republikoberhauptes mit. „Heute hat die Gesellschaft, die der Seite dnr-online.ru das System für die

Sicherheitszertifizierung SSL zur Verfügung gestellt, das Zertifikat zurückgezogen und die Bezeichnung DVR in die Blacklist verbotener Bezeichnungen aufgenommen. Im Zusammenhang mit der Unmöglichkeit, ein neues SSL-Zertifikat einzurichten und angesichts der Existenz des „verbotenen Domännennamens“, hat das Informationsministerium der DVR die Seite auf das Standardprotokoll http umgestellt. Nach dem Übergang der Seite auf das http-Protokoll wurde die Internetressource mit einer heftigen DDoS-Attacke überzogen“, heißt es in der Mitteilung.

Nach Angaben der Administration hat die Leitung des Zentrums für Zertifizierung des Unternehmens ISRG mitgeteilt, dass ab heute alle Dienste von natürlichen Personen und Organisationen, die sich unter US-Sanktionen befinden blockiert werden. Gleichzeitig gibt es von Seiten des Unternehmens keine offizielle Information über Sanktionen und Sanktionslisten natürlicher oder juristischer Personen. Über die tatsächliche Ursache der Blockade wird auch nichts mitgeteilt.

Es ist anzumerken, dass derzeit die DDoS-Attacke dank eines zuverlässigen Sicherheitssystems abgewehrt wurde.

armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des Kommandos der Streitkräfte der DVR
Im Vorfeld des „Neujahrswaffenstillstands“ spucken die ukrainischen Streitkräfte auf alle Vereinbarungen und beschießen **Shabitschewo und das Gebiet des Flughafens** (Volvo-Zentrum). Bis jetzt hat der Gegner mehr als zehn Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und mehr als 50 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert. Die Einheiten der 30. mechanisierten Brigade schießen aus dem Gebiet von Peski. Den Befehl zur Eröffnung des Feuers haben die Mörserereinheiten vom Kriegsverbrecher und Brigadekommandeur I.W. Garas persönlich erhalten.
Der Beschuss hält an. Informationen über Opfer und Zerstörungen werden ermittelt.

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden viermal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Logwinowo, Krasnyj Liman und Smeloje**. Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 28-mal das Regime der Feueereinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **14 Ortschaften** der Republik mit Artillerie, Mörsern verschiedenen Kalibers, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Am 21. Dezember wurden in Folge von Beschuss auf **Dolomitnoje** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte folgende Häuser beschädigt:

Shelesnodoroshnaja-Straße 6 – Schäden am Dach, an einem Kunststofffenster, Scheiben eines Holzfensters, Wirtschaftsgebäude im Hof;

Shelesnodoroshnaja-Straße 8 – Verglasung von 5 Fenstern (Doppelfenster mit Holzrahmen);

Shelesnodoroshnaja-Straße 22 – Verglasung von 4 Fenstern (Doppelfenster mit Holzrahmen);

Shelesnodoroshnaja-Straße 24 – Verglasung von 2 Fenstern (Doppelfenster mit Holzrahmen);

Shelesnodoroshnaja-Straße 18 – Verglasung von 3 Fenstern (Doppelfenster mit Holzrahmen).

Zusätzliche Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: Russland baut Grenzzaun zwischen Krim und Ukraine.

Die Grenzschutzbehörde des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB und das Produktions- und Montagezentrum „Start-7“ haben einen Vertrag zur Errichtung eines Grenzzauns zwischen der

russischen Schwarzmeer-Halbinsel Krim und der Ukraine abgeschlossen, worüber das Portal für den staatlichen Einkauf zakupki.gov.ru berichtet.

Demzufolge wird diese Grenzbefestigung 49,5 Kilometer lang sein und 204 Millionen Rubel kosten. Das Geld wird aus dem föderalen Haushalt bereitgestellt. Der Grenzzaun soll nicht nur als ein physisches Hindernis, sondern auch als Konstruktionselement für die Installation von technischen Mitteln dienen, die auf der Basis von Vibration und Radiowellen funktionieren und eine Grenzverletzung fixieren und melden können.

Die 2,1-Meter-hohe Konstruktion soll leicht installierbar sein und Versuche, sie zu überwinden, erschweren. Die nötigen Baumaterialien sollen dem Portal zufolge bis zum 30. März 2018 geliefert werden und bis zum 25. Mai soll der Grenzzaun errichtet sein.

FB-Seite der Vertretung der DVR im GZKK: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 28.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie des „Schulwaffenstillstands“ mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse, sowie bereits an anderer Stelle angegebener Folgen der Beschüsse; Anm. d. Übers.).

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 1040. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 563.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben in der Nacht den nördlichen Teil des **Kujbyschewskij-Bezirks von Donezk** beschossen, mindestens fünf Häuser und das Gebäude einer Fabrik wurden beschädigt. Dies teilte der Leiter der Bezirksverwaltung Iwan Adamez mit.

„Nach dem nächtlichen Beschuss haben wir Schäden an der Verglasung an der Fabrik für Bewässerungseinrichtungen „Fakel“ festgestellt sowie in der Prawowaja-Straße 81, Tumanjan-Straße 1 und 1a, Marschall-Shukow-Straße 13 und 15“, teilte der Gesprächspartner der Agentur mit.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung sind nicht eingegangen. „Am Morgen wurden der Beschuss unseres Bezirks wieder aufgenommen, deshalb setzen wir die Kontrolle nach vorliegenden Zerstörungen fort“, fügte Adamez hinzu.

Dnr-online.ru: Heute Morgen von 9 bis 10 Uhr haben die ukrainischen Streitkräfte einen Schlag mit einem Mehrfachraketenwerfer auf den **westlichen Rand von Donezk** (Volvo-Zentrum) verübt.

„Insgesamt hat der Feind mehr als 30 Raketengeschosse auf unser Territorium abgefeuert. Es wurde nicht zielgerichtet aus Richtung Netajlowo geschossen. Nach vorläufigen Informationen wurde in Folge des Beschusses eine Stromleitung im Gebiet des Volvo-Zentrums beschädigt. Informationen über Zerstörungen werden noch genauer ermittelt. Nach Angaben unserer Aufklärung traf ein Teil der Raketengeschosse auf Peski, das sich unter Kontrolle der ukrainischen Streitkräfte befindet“, teilt das Verteidigungsministerium der DVR mit.

de.sputniknews.com: Wegen Schulden: Slowakisches Gericht beschlagnahmt Gas für Ukraine.

Ein slowakisches Gericht hat die Gaslieferungen für den ukrainischen Energiekonzern Naftogas beschlagnahmt und somit der Entscheidung des Stockholmer Schiedsgerichts zur Klage des italienischen Unternehmens IUGas entsprochen, wie das ukrainische Portal ZN.UA

unter Hinweis auf eigene Quellen berichtet.

IUGas hatte die Ukraine laut dem Portal wegen der 2007 entstandenen Schulden verklagt, die heutzutage einschließlich der Strafen 21 Millionen Dollar betragen. Das Schiedsgericht fällte das entsprechende Urteil im Dezember 2012. Das italienische Unternehmen versuchte danach ergebnislos, von der Ukraine die Erfüllung des Urteils einzufordern, und wandte sich deshalb an ein slowakisches Gericht.

Die Ukraine kauft seit November 2015 das Erdgas nicht von Russland, sondern von Europa. Kiew erklärte das mit einem niedrigeren Preis. Naftogas gestand aber später, dass der russische Konzern Gazprom den Energieträger für einen günstigeren Preis als der von europäischen Lieferanten angeboten hatte.

Derzeit bekommt die Ukraine ihr Gas meistens aus Polen, Ungarn und der Slowakei, die den größten Umfang liefert: über acht Milliarden Kubikmeter. Diese Lieferungen erfolgen auf der Basis des Reverse-Schemas. Das heißt, es handelt sich tatsächlich um denselben Energieträger, den Gazprom an die osteuropäischen Länder verkauft.

Dan-news.info: Die Mitarbeiter des republikanischen Unternehmens „Regionale Energieversorgungsgesellschaft“ haben heute ihren Berufsfeiertag begangen. Aus diesem Anlass fand in Donezk eine feierliche Zeremonie zur Auszeichnung der führenden Arbeiter der Branche statt.

Ausgezeichnet wurden 300 Arbeiter und Ingenieure der Gesellschaft. Ehren- und Dankesurkunden sowie Abzeichen überreichte der Kohle- und Energieminister der DVR Eduard Golenko.

„Mehr als 6000 Personen arbeiten bei der ‚Regionalen Energieversorgungsgesellschaft‘. Dieses Kollektiv zeichnet sich durch hohe Professionalität und Geschlossenheit aus. Gerade sie haben oft unter Beschuss die Städte und Dörfer der Republik mit Heizung und Strom versorgt. Acht seiner Arbeiter starben auf ihren Posten. Der Energiebereich der Republik konnte zur Basis ihrer Volkswirtschaft werden“, gratulierte der Minister den Energietechnikern.

Heute wurden auch die Ergebnisse des Unternehmens während der Zeit des Konflikts im Donbass genannt. Von den Mitarbeitern wurden etwa 30.000 Kilometer Stromleitungen, 50 Objekte des Energienetzes wiederaufgebaut, 570 Strommasten und 44 km Rohrleitungen ersetzt.

„Heute geht das Unternehmen vom Wiederaufbauoperationen zur perspektivischen Arbeit, zu seiner Entwicklung über. Wir beginnen den Bau von 110-Kilovolt-Magistralen zur Energieversorgung von Gorlowka. Der Entwurf ist erstellt, es werden die notwendigen Materialien und Ausrüstung gekauft. Es ist eine weitere Leitung Richtung Lugansk geplant“, sagte der Generaldirektor des Unternehmens Eduard Armatow.

Bei der Feier wurden auch Zeichnungen der Kinderausstellung „Gratuliere Deinen Eltern zum Tag des Energietechnikers“ gezeigt.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2017/12/dan-news.info-2017-12-22_08-25-03_114864-dsc1970-1024x685.jpg

de.sputniknews.com: EU-Parlamentarier fordern Druck auf Kiew.

Eine Gruppe von EU-Abgeordneten wird sich an die EU-Kommission angesichts des vor kurzem in der Ukraine verabschiedeten Bildungsgesetzes wenden, das den nationalen Minderheiten das Bildungsrecht in ihrer Muttersprache entzieht, und um Druck auf Kiew bitten, schreibt die Zeitung „Iswestija“ am Freitag.

Die ukrainischen Behörden sollen auf diskriminierende Neuerungen verzichten, sagte der Urheber dieser Initiative, der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses des EU-Parlaments für Beziehungen zu Russland, Jiří Maštálka.

Ein gemeinsames Dokument mit Verurteilung des ukrainischen Bildungsgesetzes wurde auch von EU-Abgeordneten von Ungarn und Rumänien unterzeichnet. Ihnen sollen sich auch Parlamentarier aus Polen und der Slowakei anschließen. Das Dokument soll bis zum Jahresende an die EU-Kommission geschickt werden.

„Falls die Ukraine ein Teil von Westeuropa sein will, muss Kiew allgemein anerkannte europäische Regeln einhalten. Die Diskriminierung der sprachlichen Minderheiten ist unzulässig. Wir wollen von der EU-Kommission eine eindeutige Position Brüssels bei dieser Frage bekommen sowie erfahren, welche Schritte die EU zur Veränderung der Situation unternehmen will. Die EU muss Kiew unter Druck setzen, damit es das Dokument aufhebt“, sagte der tschechische Politiker.

„Für uns ist wichtig, dass sich dem offiziellen Appell Abgeordnete der Länder anschließen, deren Interessen das ukrainische Gesetz direkt betrifft. Kiew muss dem Beispiel Belgiens, Spaniens bzw. Irlands folgen, wo nationale Minderheiten weitgehende Autonomierechte haben, statt den Weg zur Beschränkung der Rechte zu gehen“, sagte Maštálka.

Angesichts der Tatsache, dass in der Ukraine zahlreiche ungarische, rumänische, polnische und andere Diaspora leben, ist es nicht erstaunlich, dass das Gesetz für großes Aufsehen in mehreren EU-Ländern sorgte. Dagegen äußerten sich besonders deutlich das Außenministerium Ungarns und Rumäniens, indem der Schritt Kiews als „Schlag in den Rücken“ bezeichnet wurde, der dem Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU widerspricht.

„Dieses Gesetz verletzt die Rechte der ungarischen und anderen Minderheiten in der Ukraine. Es entspricht gar nicht den bilateralen und internationalen Verpflichtungen, die von Kiew übernommen wurden. Das widerspricht verschiedenen Erklärungen der UNO und Dokumenten der OSZE sowie der Östlichen Partnerschaft der EU“, sagte der Außenminister

Ungarns Peter Szijjarto.

Im Außenministerium der Slowakei hieß es, dass die slowakische Minderheit in der Ukraine bislang weiter in ihrer Muttersprache lernt. Doch Bratislava werde die Situation äußerst aufmerksam verfolgen. „Wir erwarten, dass die Situation weiterhin so bleiben wird. Wir sind bereit, weiter diese Frage mit den ukrainischen Kollegen zu besprechen“, hieß es im slowakischen Außenministerium.

Die EU habe politische und wirtschaftliche Hebel, um Kiew unter Druck zu setzen, sagte der GUS-Experte Wladimir Scharichin. Doch angesichts der geopolitischen Interessen Brüssels wird es kaum kardinal seine Position zum Kurs der ukrainischen Behörden ändern.

„Brüssel würde bevorzugen, dass die Diskriminierung milder und zivilisierter erfolgt, wie es beispielsweise in Baltikum-Ländern zu erkennen ist. Früher rechnete Moskau damit, dass die EU die Baltikum-Länder dazu bewegen wird, die Rechte der nationalen Minderheiten zu respektieren. Doch es wurde enttäuscht. Auch jetzt sollte man nicht mit entschlossenen Handlungen Brüssels rechnen“, sagte der Experte.

Nachmittags:

de.sputniknews.com: Tod des Reaktors: Brennstäbe aus den USA löschen ukrainische Meiler aus.

Die meisten Brennelemente, die die ukrainischen Kernreaktoren verbrauchen, kommen heute aus Russland. Das Energieministerium in Kiew will das ändern: ab 2018 soll der US-Anlagenbauer Westinghouse 55 Prozent des nuklearen Brennstoffs in die Ukraine liefern. Experten warnen vor katastrophalen Folgen.

Die Entscheidung birgt ein enormes Risiko für ukrainische Kernkraftwerke: Nicht nur, dass Westinghouse derzeit im Insolvenzverfahren stecke – die Brennelemente der US-Firma seien auf den Betrieb in den ukrainischen Atommeilern überhaupt nicht ausgelegt, sagte Volkswirt Iwan Kapitonow von der Russischen Akademie der Wissenschaften dem Portal „rueconomics“..

„Wenn man die russischen Brennelemente gegen die amerikanischen austauscht, kann es passieren, dass die neuen Elemente zwar in den Reaktor eingesetzt, aber nicht mehr herausgefahren werden können. Dann wird die Sicherheitsautomatik den Reaktor einfach abschalten“, sagt der Experte.

Ähnliche Fälle habe es bereits gegeben. Das Problem sei, dass die Brennelemente von Westinghouse an die Kühlsysteme in ukrainischen Kernreaktoren nicht angepasst seien. Ein Beispiel aus Tschechien: Dort habe es einen Vorfall gegeben, bei dem ein Teil der Brennelemente von Westinghouse abgebrochen und am Boden des Reaktors liegengeblieben sei.

„Das Stück war nicht groß, es konnte wieder gehoben werden. Aber man musste den Reaktor drosseln. Sollte in einem ukrainischen Meiler ein größeres Stück abbrechen, führt das zum Tod des Reaktors. Die Folgen muss man wohl nicht erläutern. Es sei nur gesagt, dass 55 Prozent der ukrainischen Stromversorgung von der Kernkraft abhängen“, so der Analyst. In einem Gutachten von 2008 wurde offiziell festgestellt, dass die Brennelemente für die ukrainischen AKW ungeeignet seien, schreibt das Portal. Seit dem Putsch von 2014 werde dieses Gutachten jedoch ignoriert.

Außerdem: Angesichts der jüngsten Insolvenz von Westinghouse könne es – entgegen den Erklärungen des US-Unternehmens – passieren, dass dieser Lieferant ganz ausfalle. „Die US-Firma wird höchstens noch die nächsten zwei bis drei Jahre Brennelemente in die Ukraine liefern können. Aber weiter denkt Kiew derzeit offenbar auch nicht, die ukrainischen Machthaber orientieren sich an der laufenden Politik.“ Die amerikanischen Brennelemente seien überdies rund 20 Prozent teurer als die russischen.

„Kiew lässt sich nur von politischen Motiven leiten. Anders ist dieser leichtsinnige Umgang

mit der ukrainischen Energiesicherheit nicht zu erklären“, betont der Experte. Dass es auch anders geht, zeigt wiederum Tschechien: Prag habe dem Brennstoff aus den USA nach den negativen Erfahrungen eine Absage erteilt.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31880/63/318806307.jpg>

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

In der letzten Woche wurden in den Verbänden und Truppenteilen der Streitkräfte der DVR Übungen mit den Kommandeuren von Panzergrenadier-, Panzer- und technischen Einheiten durchgeführt sowie Übungen zur Geschlossenheit der Kompanien im Kampf.

In den letzten 24 Stunden wurden **28 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus festgestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben die ukrainischen Truppen mehr als 30 Raketen mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“ auf den westlichen Rand von Donezk (Gebiet des Volv-Zentrums) abgefeuert, dabei traf ein Teil der Raketengeschosse auf Peski, das sich unter Kontrolle der Ukraine befindet, außerdem wurden mit Mörsern des Kalibers 120mm, Granatwerfern und Schusswaffen die Gebiete von **Werchnetorezkoje, Golmowskij und Dolomitnoje** beschossen.

In **Richtung Donezk** hat der Gegner Artillerie, Mörser, Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von **acht Ortschaften** wurden 22 Artilleriegranaten und 104 Mörsergeschosse der Kalibers 120 bzw. 82mm abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** hat der Gegner 22 Artilleriegranaten des Kalibers 122mm und 61 Mörsergeschosse der Kalibers 120 bzw. 82 mm auf die Gebiete von **drei Ortschaften** abgefeuert.

In Folge von Beschuss durch die ukrainischen Streitkräfte wurden fünf Häuser in Dolomitnoje in Richtung Gorlowka beschädigt.

Insgesamt hat der Gegner **in der letzten Woche 210 mal das Regime der Feueinstellung verletzt** und 1430 Raketen, Artillerie-, Panzer- und Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden **25 Ortschaften der Republik beschossen**. Durch Beschuss von Jasinowataja von Seiten der ukrainischen Streitkräfte starb ein ziviler Einwohner. Sechs Einwohner von Jasinowataja, Gorlowka und Golmowskij wurden verletzt. 54 Häuser wurden in Jasinowataja, Gorlowka, Golmowskij, Dolomitnoje, Dokutschajewsk und Sachanka teilweise beschädigt oder zerstört, darunter ein Kindergarten, eine Poliklinik und eine allgemeinbildende Schule.

Außerdem wird das Fehlen von schweren Waffen in den Lagerorten täglich in den Berichten

der OSZE-Mission festgestellt, aber wegen der Behinderungen der Arbeit der Beobachter durch die ukrainische Seite unter dem Vorwand, dass ihre Sicherheit bedroht sei, wurden in der letzten Woche insgesamt zwei 122mm-Haubitzen „Gwosdika“ entdeckt, bei denen es dem Gegner nicht gelang, sie hinter der Abzugslinie zu verstecken.

Unsere Aufklärung stellt weiter die Tätigkeit von Kommissionen zur Kontrolle des Vorhandenseins und der Erfassung von Waffen und Munition fest.

Wie wir zuvor mitgeteilt haben, sind solange die 28. mechanisierte Brigade nicht an einen ständigen Dislozierungspunkt abgezogen ist, die Erfassungsdokumente für Waffen und Munition konfisziert und befinden sich bei den Kontrolleuren.

Dabei wurde im Verlauf der Kontrolle die Beteiligung einzelner Soldaten aus dem Kommando der 59. Panzergrenadierbrigade am Diebstahl entdeckt. Ausgehend davon ist ein Teil der Kommissionsmitglieder zur Kontrolle auch in die benachbarte 59. Brigade gefahren. Nach vorläufigen Informationen wurden die gestohlenen Waffen und Munition offiziell aus dem Stationierungsort der 28. Brigade mit Auftrag und Frachtpapieren aus der Waffenabteilung des Stabs der „ATO“ übergeben und abtransportiert. Dabei wurden Transportmittel und Begleitpersonal aus der 59. Brigade eingesetzt. Aber, wie sich im Verlauf der Kontrolle herausstellte, waren die Anweisungen des übergeordneten Stabs „getürkt“ und so wurden neue Beteiligte an dem Verbrechen entdeckt.

Wir erhalten weiter Mitteilungen von Soldaten der 25. Luftlandebrigade über die in ihren Verbänden herrschende Gesetzlosigkeit.

So ist nun beim Stab der Brigade im Gebiet von Awdejewka eine Gruppe von Vertretern des Sicherheitsdienstes der Ukraine eingetroffen, um eine Ermittlung bezüglich des Anwachsens der Zahl von Verlusten unter den Soldaten der Brigade durchzuführen.

Man könnte fragen, warum der Sicherheitsdienst der Ukraine und nicht die Ermittlungsorgane der Staatsanwaltschaft der Ukraine oder der militärische Rechtsordnungsdienst der ukrainischen Streitkräfte? Die Antwort ist einfach – 80% der Verluste haben insgesamt drei Ursachen: unvorsichtiger Umgang mit Waffen und Munition, nicht ordnungsgemäße Verhaltensweisen unter den Soldaten der Brigade und drittens – Tod oder Verletzung in der Folge von Gefechten oder Auseinandersetzungen mit Vertretern ungesetzlicher militärischer Formationen des Typs „Rechter Sektor“ und „Ukrainische Freiwilligenarmee“. Die Mitarbeiter des SBU haben die Aufgabe, sich gerade mit den Opfern von Fehden zwischen Luftlandesoldaten und Kämpfern des „Rechten Sektors“ auseinanderzusetzen.

Bisher wurden zwei grundlegende Ursachen für den Tod von Luftlandesoldaten entdeckt: „freundschaftliches Mörserfeuer“ von den Positionen der Nationalisten auf die vordersten Positionen der Luftlandesoldaten, um die letzteren zu erwidern Aktivitäten jedoch in Richtung unserer Positionen zu provozieren. Und die zweite – die Neuaufteilung der Einflussbereiche im besetzten Awdejewka.

Wie uns bekannt wurde, war die Ankunft der 25. Brigade in Awdejewka gekennzeichnet durch den Versuch, ihre eigene Ordnung auf dem Territorium dieser Ortschaft einzuführen, was zu einem Bruch mit den Interessen der dort anwesenden Mitgliedern des „Rechten Sektors“, die mit Diebstahl und Plünderung befasst sind, führte.

Ich möchte anmerken, dass die Vertreter des SBU nur zu Ermittlungen bezüglich der Opfer unter den Luftlandesoldaten, nicht jedoch der Nationalisten, dort sind. Verletzte unter den Angehörigen des „Rechten Sektors“ und der „Ukrainischen Freiwilligenarmee“ werden selbst in den offiziellen Berichten der sogenannten „ATO“ nicht berücksichtigt. Weil diese „nationalistischen Bataillone“ einfach nur Kanonenfutter der Oligarchenhäuptlinge aus der Ukraine sind, die von faschistischen Losungen und Drogen benebelt sind.

Unbestritten ist, dass diese „Nazi-Dummköpfe“ auch von den Militärs für ihre Ziele verwendet werden, allerdings in anderen Bereichen.

Beispielsweise für die Durchführung von inszenierten Beschießungen von friedlichen Ortschaften auf den von der Ukraine zeitweilig kontrollierten Territorien.

Ein klares Beispiel dafür ist der Beschuss von Nowoluganskoje vor einigen Tagen. Unsere Aufklärung hat nicht versagt – in kürzester Zeit wurde festgestellt, dass der Schlag mit einem Mehrfachraketenwerfer aus dem Bestand einer Brigadeartilleriegruppe der 128. Gebirgsjägerbrigade durchgeführt wurde. Der Kommandeur der Brigadeartilleriegruppe ist A.I. Derewjanko, der Kommandeur der 128. Brigade S.S. Sobko.

Dabei war, wie uns später bekannt wurde, der Mehrfachraketenwerfer tatsächlich aus dem Bestand der 128. Brigade, ABER die Mannschaft wurde aus Mitgliedern der „Ukrainischen Freiwilligenarmee“ gewählt, die früher Dienst in Artillerieeinheiten der ukrainischen Streitkräfte geleistet haben.

So bildet sich ein allgemeines Bild heraus, auf dem die gesamte Folgerichtigkeit dieser Operation sichtbar ist, in deren Folge friedliche Einwohner von Nowoluganskoje verletzt wurden sowie eine Menge von Häusern beschädigt wurde.

Ich erinnere kurz, am 18. Dezember treffen im Stab der 54. und der 128. Brigade zwei Kommissionen ein – eine aus dem Stab der „ATO“, die zweite sind Vertreter von NATO-Staaten. Zur gleichen Zeit übergibt auf Befehl des Kommandeurs der 128. Brigade S.S. Sobko der Kommandeur der Brigadeartilleriegruppe A.I. Derewjanko im Gebiet von Seljonopolje einen Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“ mit vollständiger Munition an Vertreter der ungesetzlichen militärischen Formation „Ukrainische Freiwilligenarmee“.

Dieses Waffensystem wird verdeckt in ein Gebiet 3,5-4 km südlich von Nowoluganskoje verlegt und um 17:45 Uhr erfolgt der Schlag. Gleichzeitig beschießen Kämpfer der „Ukrainischen Freiwilligenarmee“ Wohngebiete von Nowoluganskoje mit Mörsern und Handgranatwerfern unter Verwendung von thermobarischer Munition. Gerade diese Geschosse demonstriert das Pressezentrum des Stabs der „ATO“ an diesem Tag auf seinen Fotos als Beweis für einen Beschuss mit „Grads“. Außerdem muss angemerkt werden, dass auf anderen Fotos, die von ukrainischen Propagandisten vorgestellt wurden, Zerstörungen zu sehen sind, die charakteristisch für die Verwendung von schwerer Artillerie und Mörsern sind. Nach dem Beschuss von Nowoluganskoje durch die ukrainischen Strafsoldaten wird sofort von Seiten der ukrainischen Streitkräfte eine „Vergeltungsschlag“ auf Gorlowka und Golmowskij verübt. Dabei haben all diese Aktivitäten eine starke Informationsunterstützung im ukrainischen Segment des Internets und in den von der Ukraine kontrollierten Massenmedien.

Ich möchte anmerken, dass die Raketengeschosse, die am 18. Dezember auf Nowoluganskoje und vom 19. auf den 20. Dezember auf Dolomitnoje abgefeuert wurden, aus einer Partie stammen. Die Überreste eines der Raketengeschosse, das auf Dolomitnoje traf, werden auf der heutigen Pressekonferenz vorgestellt.

Wie wir sehen, ist dies ein wesentlicher Beweis dafür, dass der Beschuss auf beide Ortschaften von ukrainischen Einheiten durchgeführt wurde.

So verstehen wir deutlich, zu welchen Handlungen die militärisch-politische Führung der Ukraine, ermutigt durch ihre westlichen Partner, zur Erreichung ihrer Ziele – die Inbesitznahme der Industrieressourcen und der Bodenschätze auf dem Territorium unserer Republik - fähig ist.

Für sie sind Opfer unter den friedlichen Bürgern der Ukraine und der DVR, unter ihren Soldaten, die Zerstörung ganzer Ortschaften und Städte völlig durch dieses Ziel gerechtfertigt. Wir rufen die internationalen Organisationen auf, ihre Aufmerksamkeit auf das Geschehen in diesem Konflikt zu richten und auf die Ukraine als den grundlegenden Anstifter und Fortsetzer dieses Blutvergießens einzuwirken.

Gegenwärtig haben die Vertreter des GZKK das Territorium der Republik verlassen und wir setzen unsere Hoffnung darauf, dass die Beobachter der OSZE-Mission sie vollwertig ersetzen, andernfalls prognostizieren wir eine Vergrößerung der Zahl der Beschießungen, vor allem nachts. Weil die Beobachtung der OSZE nicht rund um die Uhr erfolgt und die Fahrten der Beobachter an die Orte, wo der Beschuss durch ukrainische Streitkräfte erfolgt, derart

nicht operativ erfolgt, dass Geschosssplitter, die materielle Beweise für die Beteiligung der ukrainischen Streitkräfte am Beschuss sind, Rost ansetzen und von den Mitarbeitern der Mission nicht als Grundursache der Zerstörungen und der Opfer betrachtet werden. In den drei Tagen seit der Abfahrt der Vertreter der RF im GZKK starb in der Folge von Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte ein Zivilist und fünf weitere wurden in Gorlowka und Jasinowataja verletzt.

Es wurden einige Dutzend Häuser, Kindergärten, Polikliniken zerstört! Die Geschosse detonieren schon nicht mehr am Rand, sondern im Zentrum der Ortschaften, in Wohngebieten, in denen friedliche Bürger und Kinder schlafen!

Unsere Republik braucht kein Blut und keine Zerstörungen, weder auf unserem noch auf dem von der Ukraine zeitweilig kontrollierten Territorium.

Wir halten den geltenden „Schulwaffenstillstand“ ein und sind auch zur Einhaltung des „Neujahrswaffenstillstands“, der ab dem 23. Dezember ausgerufen ist, bereit. Wir sind zu vielem bereit, um das Leben und die Gesundheit unserer Bürger zu erhalten. Aber wir brauchen Hilfe. Und in erster Linie von der OSZE-Mission.

Wer wird jetzt die Verletzungen des friedlichen Einwohners registrieren können, die er gestern um 17 Uhr auf der Wolnowacher Straße auf zeitweilig von der Ukraine kontrolliertem Territorium erlitten hat, weil er auf eine Antipersonenmine, die von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte installiert wurde, geraten ist? Wer wird provokativen Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte mit Schusswaffen auf den Checkpoint der DVR, die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte gestern auf den Checkpoint am Kontroll- und Passierpunkt „Majorsk“ durchgeführt haben, wobei sie sich hinter einem mit friedlichen Bürgern gefüllten Bus versteckt haben, verhüten? Wer wird den Beschuss mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“ von der ukrainischen Seite aus festhalten, der heute von 9 bis 10 Uhr auf den westlichen Rand von Donezk erfolgt ist?

Nur Sie, die Beobachter, die vom Europarat eingesetzt sind, können mit der notwendigen Unparteilichkeit und Unvoreingenommenheit reale Unterstützung bei der Erhaltung des Lebens friedlicher Bürger leisten und dabei, die ukrainische Seite zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen zu zwingen.

de.sputniknews.com: Kommen russische Offiziere in Donbass zurück? Kreml-Sprecher kommentiert:

Russische Offiziere können ins gemeinsame Zentrum für Kontrolle und Koordinierung der Waffenruhe im Donbass zurückkehren, wie der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow mitteilte.

„Dies unterliegt einer gemeinsamen Vereinbarung, das zum Ersten“, kommentierte Peskow die Frage, unter welchen Bedingungen Russland bereit sei, im Zentrum zu arbeiten.

Peskow verwies unter anderem auf das jüngste Telefongespräch zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Darin habe Russlands Präsident gesagt, dass Moskau bereit sei, an die Rückkehr ins Zentrum zu denken, falls Kiew die „provokativen Handlungen“ in Bezug auf die russischen Militärs einstellen und ihre Arbeit nicht behindern werde.

Zuvor hieß es aus dem Kreml, dass die Berater von Putin und Merkel dabei zusätzlich Bedingungen ausarbeiten würden, die „die Rückkehr der russischen Offiziere in diese Struktur ermöglichen“ würden.

Am Dienstag war berichtet worden, dass alle russischen und auch die ukrainischen Offiziere aus dem gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordinierung der Waffenruhe im Donbass erfolgreich die Berührungslinie überquert hätten.

Laut dem Sprecher der selbsternannten Donezker Volksrepublik, Russlan Jakubow, war der Abzug der russischen Offiziere erzwungen und aus diesem Grund vorzeitig. „Ihre Ablösung sollte erst in anderthalb Monaten kommen“, sagte Jakubow gegenüber Sputnik.

Zuvor hatte Russland die Einstellung der Arbeit der Vertretung der russischen Streitkräfte

beim Zentrum für Kontrolle und Koordinierung angekündigt: „Am 19. Dezember werden die dem Zentrum angehörenden russischen Offiziere das Territorium der Ukraine verlassen.“ Kiew habe demnach die weitere Arbeit der russischen Offiziere in dem ukrainisch-russischen gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordinierung der Waffenruhe im Donbass unmöglich gemacht...



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31624/14/316241473.jpg>

Dnrsovet.su: Im Jahr 2018 werden in der DVR die Mindestrente und einige Arten von Sozialunterstützungen erhöht. Dies teilte die Finanzministerin Jekaterina Matjuschtschenko in der Regierungsstunde des Volkssowjets mit.

Ab dem 1. Januar wird die Mindestrente um 6,4% erhöht und beträgt dann 2904 Rubel. Außerdem werden einige Sozialleistungen erhöht: die Unterstützung bei Schwangerschaft und Geburt wird um 85% erhöht; die Unterstützung für Kinder unter 18, für die eine Vormundschaft übernommen wurde, im Durchschnitt um 52%; die Unterstützung für Waisen im Durchschnitt um 55%.

Im kommenden Jahr sind weiter Gelder für kostenlose Mahlzeiten für die Schüler der 1. bis 8. Klasse und für die Schüler, die Ganztagsklassen in allgemeinbildenden Einrichtungen besuchen, vorgesehen....

Für Maßnahmen im Rahmen des humanitären Programms zu Wiedervereinigung des Donbass sind im 1. Quartal doppelt so viele Mittel vorgesehen wie in den Monaten Februar bis Dezember 2017.

Dan-news.info: „Bis jetzt sind 45.440 Mitarbeiter der Unternehmen, die im März dieses Jahres unter äußere Leitung der DVR gestellt wurden, Mitglieder der Gewerkschaften geworden“, teilte der Vorsitzende der Gewerkschaftsföderation der DVR Maxim Parschin auf einer Pressekonferenz mit.

Die Gewerkschaftsföderation kontrolliert die Situation in 22 dieser Unternehmen. Außerdem wurden in diesem Jahr in der Chemie-, der Pharmabranche und im Druck- und Medienbereich Einzelgewerkschaften gegründet.

Die Gewerkschaftsföderation der DVR umfasst derzeit 26 Einzelgewerkschaften, 110 territoriale Organisationen und 358 Grundorganisationen. Die Gesamtzahl der Mitglieder beträgt mehr als 300.000.

de.sputniknews.com: Deutschlands brave Diener: Wie es zur 180-Grad-Drehung im Baltikum kam

Estland, Lettland und Litauen haben in einer gemeinsamen Stellungnahme eine wichtige Kursänderung in Bezug auf das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 bekannt gegeben. Der

russische Ökonom Wassilij Koltaschow erläutert in einem Interview mit Sputnik, was hinter diesem Wandel steckt.

Die baltischen Länder haben das Lager der Gegner des russisch-deutschen Projekts Nord Stream 2 verlassen. Estland, Lettland und Litauen erheben keinerlei Einsprüche mehr gegen die Bauarbeiten, solange diese in Übereinstimmung mit dem EU-Recht durchgeführt werden. Dies geht aus dem gemeinsamen Dokument hervor, das vor Kurzem auf dem Treffen der Regierungschefs der Länder in Tallin angenommen wurde.

In der gemeinsamen Stellungnahme fehlte laut „Sputnik Estland“ die in den letzten Jahren schon zu einer Tradition gewordene kategorische Ablehnung des russischen Projekts. Dies bedeute eine Kehrtwende in der Position der baltischen Länder. Das Dokument enthalte zudem keine üblichen Warnungen vor einer steigenden Energieabhängigkeit von Russland. Laut Koltaschow demonstriert das Baltikum damit seine Loyalität gegenüber Berlin: „Wenn man nach einem Beweis sucht, dass die baltischen Republiken sehr gehorsame und disziplinierte, Diener‘ Deutschlands sind, dann findet man ihn hier.“ Denn Estland, Lettland und Litauen hätten faktisch gezeigt, dass wenn Deutschland etwas gutheiße und für richtig halte, dann sollten sie auch das unterstützen.

„Das heißt, sie haben ihren Hass auf die Russische Föderation und auf Gazprom gebändigt und gesagt: Na ja, wenn Berlin Nord Stream 2 braucht, sehen wir keine Hindernisse für dessen Bau“, fügte der Experte hinzu.

Das Pipeline-Projekt wird aus Sicht von Koltaschow realisiert werden, „weil Berlin es in den heutigen Bedingungen wirklich braucht, nicht nur als Erdgasquelle, sondern auch als Alternative zu South Stream, der nach wie vor blockiert ist.“ Zudem gehe es Berlin darum, dass die Verteilung der Energieressourcen über Deutschland bzw. unter Vermittlung von deutschen Firmen erfolge, um so seine politische und wirtschaftliche Kontrolle zu stärken.

Dan-news.info: „In der letzten Woche sind beim Apparat der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Informationen über die Festnahme von sieben Personen durch ukrainische Spezialdienste eingegangen“, teilte der Pressedienst des Apparats von Morosowa mit.

de.sputniknews.com: US-Außenamt erlaubt amerikanischen Gewehrproduzenten offenen Handel mit Ukraine.

Das US-Außenministerium hat US-Waffenherstellern erlaubt, offen mit der Ukraine zu handeln, schreibt die Zeitung „Nesawissimaja Gaseta“ am Freitag.

Ein Vertreter des US-Außenministeriums teilte der Zeitung „Washington Post“ mit, dass die Lizenz für den beschränkten Export von Schusswaffen an die Ukraine erteilt sei. Außerdem sagte er, dass die US-Regierung solche kommerziellen Deals nie verhindert habe.

Die Informationen über die Billigung einer Lizenz für kommerzielle Lieferungen von tödlichen US-Waffen durch das US-Außenministerium wurden am Donnerstag vom Chef des Staatsduma-Ausschusses für internationale Angelegenheiten, Leonid Sluzki, kommentiert.

„Das Treffen einer solchen Entscheidung ist eine neue Welle der Unterstützung des offiziellen Kiew, das die Eskalation der gewaltsamen Konfrontation im Südosten des Landes fördert“, sagte Sluzki. Betrachtet man alleine diesen Kommentar, so kann man zum Schluss gelangen, dass es sich um die Lieferung von starken hochtechnologischen Waffen und Spezialtechnik handelt.

Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, reagierte zurückhaltend.

„Anscheinend wird das ein übriges Mal die Nationalisten ermuntern, die erneut zu einer gewaltsamen und absolut aussichtslosen Methode bei der Regelung im Donbass übergehen und ein Blutbad entfachen wollen.“

Bislang wurde die offizielle Genehmigung nur für Großkaliber-Scharfschützengewehre, Ersatzteile und Munition zu ihnen im Wert von 41,5 Millionen Dollar erteilt. Zudem wird die

zuvor aktiv besprochene Einfuhr von Panzerabwehrlenk Waffen Javelin nicht erörtert. Die Genehmigung für die Lieferung von US-Scharfschützengewehren ist reine Formalität. Bereits im September 2015 sprach der ukrainische Innenminister Arsen Awakow von ausländischen Lieferungen von Scharfschützengewehren Barrett (M82 und M107) und Panzerbüchsen DRTG-73 für die Nationalgarde der Ukraine. Im April 2017 wurde die Lieferung einer Partie aus 100 Panzerbüchsen PSRL-1 und Munition dazu gemeldet.

Laut einem Vertreter des US-Außenministeriums wurde nur eine beschränkte Menge für den Export von Schusswaffen gebilligt. Doch der Vertragssumme nach zu urteilen ist die Liefermenge nicht gerade klein. Rund 3000 Großkaliber-Scharfschützengewehre für die ukrainische Armee sind schon viel. Wozu brauchen ukrainische Truppen so viele Waffen eines Typs? Vielleicht wollen sie dann selbst damit Handel treiben?

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen):

In der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen 61 mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Es wurde mit allen Arten von Waffen geschossen, darunter 152mm- und 122mm-Artilleriegeschütze, 120mm- und 82mm-Mörser, Granatwerfer verschiedener Art, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 1404 Geschosse abgefeuert. Im Vergleich zur Woche davor ist die Zahl der Beschießungen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte um 28 gewachsen.

In Folge von Beschuss auf Donezkij, Stachanow, Perwomajsk und Kalinowo wurden elf Mehrparteienwohnhäuser, 21 private Häuser, eine Poliklinik, ein Café, eine Fabrik für Aggregate, eine Gasleitung, eine Stromleitung beschädigt, Dadurch hatte die westliche Filterstation vierter Ebene keinen Strom, außerdem hatten 34 Transformatorunterstationen keinen Strom, **eine Frau starb, drei Männer wurden unterschiedliche schwer verletzt.** Auch **ein Soldat der Volksmiliz der LVR erlitt eine tödliche Verletzung.**

Im Verlauf der Woche wurden die Gebiete folgender Ortschaften von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschossen: **Kalinowka, Logwinowo, Losowoje, Nishneje Losowoje, Wesjologorowka, Sansharowka, Kalinowo, Kalinowo-Bortschtschewatoje, Perwomajsk, Golobowskoje, Donezkij, Stachanow, Golubowka, Frunse, Shelobok, Sholtoje, Smeloje, Krasnyj Liman, Krasnyj Jar und Christowoje.**

Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilten der Kommandeur der 54. mechanisierten Brigade Ober Majstrenko, der Kommandeur der 10. Gebirgssturmbriade Oberst Subanitsch, der Kommandeur der 58. Panzergrenadierbrigade Oberst Drapatyj, der Kommandeur der 80. Luftlandebrigade Oberst Kowaltschuk.

Am 23. Dezember 2017 haben die Seiten einen weiteren Waffenstillstand vereinbart. Die Volksmiliz der LVR hat bereits ihre Bereitschaft bestätigt, das Regime der Feueinstellung einzuhalten. Ihre Bereitschaft zu einer friedlichen Regelung des Konflikts hat auch die DVR erklärt. Bereits im August dieses Jahres wurde ein Befehl an das Personal ausgegeben, dass es verboten ist, das Feuer zu eröffnen, und wir sind wie auch zuvor bereit, ihn einzuhalten. Ich will offiziell erklären, dass die gesamte Verantwortung für die Einhaltung des wieder ausgerufenen Waffenstillstands bei der ukrainischen Seite liegt.

Außerdem unterstützen wir die Initiative, Kräfte und Mittel am Abschnitt Nr. 1 Staniza Luganskaja zu trennen. Die Volksmiliz hat mehrfach diesen Prozess unterstützt. Aber wir wollen unterstreichen, dass dieser Prozess nur spiegelbildlich stattfinden wird. Einseitig werden wir dies nicht tun.

Unsere Aufklärung entdeckt weiter von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte entlang der Kontaktlinie.

So wurden im Gebiet von Troizkoje Positionen von 152mm-Haubitzen „Akazija“ aus dem Bestand einer Haubitzenbatterie der 54. Brigade entdeckt. In Luganskoje wurde die

Stationierung einer Mörsermannschaft entdeckt, die vom Gegner für provokative Beschüsse verwendet wird. In Krasnyj Pachar, 9 km von der Kontaktlinie, wurden Feuerpositionen von sechs Artilleriegeschützen 2S3 „Akazija“ aus dem Bestand der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte entdeckt.

In Popasnaja und Katerinowka wurden neue Positionen einer Mörserbatterie der 10. Gebirgsschützenbrigade der ukrainischen Streitkräfte entdeckt. In Krymskoje hat das Kommando der „ATO“ in unmittelbarer Nähe der Kontaktlinie drei Abwehrraketekomplexe „Strela-10“ und drei Abwehrgeschützen 3U-23-2 stationiert. In Katerinowka, 2 km von der Kontaktlinie, wurden Positionen von zwei Artilleriegeschützen 2S1 „Gwosdika“ aus dem Bestand einer Haubitzenartillerieabteilung der 10. Gebirgsschützenbrigade der ukrainischen Streitkräfte entdeckt.

Uns wurde bekannt, dass am **18. Dezember von Kommando der 80. Luftsturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte Maßnahmen zur Ausbildung von Diversions- und Erkundungsgruppen** aus dem Bestand des 2. Bataillons der taktischen Gruppe dieser Brigade **begonnen** wurden, diese sollen die Kontaktlinie im Gebiet von Stschastje passieren, **um Terrorakte auf dem Territorium der Republik vorzubereiten und durchzuführen.**

Diese Aktivitäten der militärisch-politischen Führung der Ukraine werden von uns als ein weiterer Versuch bewertet, die Minsker Vereinbarungen zum Scheitern zu bringen.

Die ukrainische Seite unterlässt die Versuche der Anwerbung von Einwohnern der LVR zur Durchführung von Terrorakten nicht.

Am Passierpunkt „Staniza Luganskaja“ hat sich ein 45 Jahre alter Einwohner von Lugansk an Vertreter der Volksmiliz der LVR gewandt. Nach seinen Worten kamen, als er sich auf von Kiew kontrolliertem Territorium befand, zwei jungen Männer auf ihn zu, die sich als Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine vorstellen. Im Verlauf des Gesprächs wurden ihm 200 US-Dollar angeboten, wenn er ein versiegeltes Paket am Denkmal für die Milizangehörigen im Zentrum von Lugansk ablegt.

Der Mann hat diesen Vorschlag abgelehnt.

Dieser Fall verweist ein weiteres Mal darauf, dass die Kiewer Regierung mit allen Mitteln, einschließlich Terrorakten, versucht die Einwohner der Republik einzuschüchtern.

de.sputniknews.com: Ukrainische Armee verzichtet auf den zu 95 Prozent fertigen Kreuzer „Ukraina“.

Das ukrainische Verteidigungsministerium verzichtet auf den Raketenkreuzer „Ukraina“, der seit dem Stapellauf mit einem Fertigungsgrad von 95 Prozent ein Vierteljahrhundert lang stillliegt. Das geht aus einem Schreiben der Behörde an den staatlichen ukrainischen Rüstungskonzern „Ukroboronprom“ hervor.

Wegen der veralteten Ausrüstung der „Ukraina“ halte es das Ministerium für unzweckmäßig, das Schiff fertigzubauen, schreibt das Portal lenta.ru.

„Ukroboronprom“ betont seinerseits, dass das Ministerkabinett schnellstmöglich darüber entscheiden soll, ob die Ukraine den Raketenkreuzer brauche. Der Konzern hat sich bereit erklärt, das Schiff fertigzustellen, wenn die benötigten Geldmittel im staatlichen Rüstungsauftrag für das Jahr 2018 vorgesehen sein werden. Weitere Lösungen wären, das Schiff zu verkaufen oder Finanzmittel für dessen weiteren Aufenthalt am Liegeplatz bereitzustellen. Der Konzern schließt weitere Varianten nicht aus, die die Regierung vorschlagen könnte.

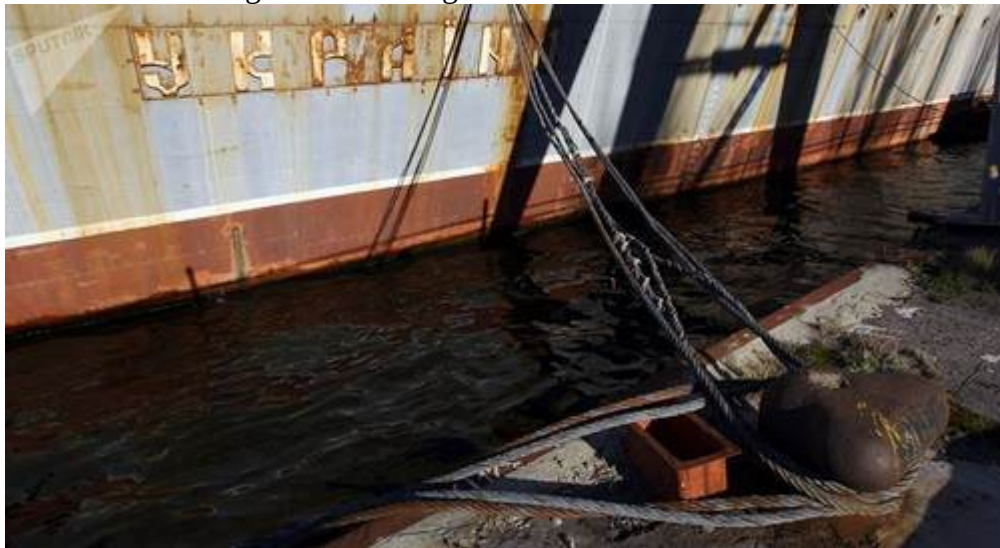
Die Mitarbeiter des Schiffbauwerkes Nikolajew, an dessen Kai das Schiff liegt, haben es seit dem Jahr 2015 aus eigenen Mitteln instandgehalten. Der Staat schuldet der Betriebsbelegschaft somit 61 Millionen Griwna (1,8 Millionen Euro).

Das Schiff hatte nach dem Stapellauf am 11. August 1990 den Namen „Admiral flota Lobow“ geführt. Nach seiner Überführung ins Eigentum der Ukraine im Oktober 1993 erhielt es den Namen „Ukraina“. Im Frühjahr 2017 gab der ukrainische Präsident Petro Poroschenko den

Erlass über die Demilitarisierung und den Verkauf des Schiffes heraus. Doch das Schicksal des Schiffes ist bis jetzt nicht entschieden.

Der Vizeadmiral der Seestreitkräfte der Ukraine, Sergej Gaiduk, warnte am 15. August, dass die ukrainische Flotte in nächster Zeit wegen katastrophaler Unterfinanzierung und des Fehlens einer staatlichen Seepolitik zunichte gemacht werden könne.

Im Juli wurde berichtet, dass das einzige Schiff, das die Ukraine nach der Wiedervereinigung der Krim mit Russland bekommen habe - die Korvette „Winniza“, aus technischen Gründen nicht in See stechen könne und im Hafen von Odessa liege, wo es repariert werden solle. Die Ukraine besitzt insgesamt elf Kriegsschiffe.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31880/98/318809850.jpg>

Av-zakharchenko.su: Am 22. Dezember fand ein Arbeitstreffen des Oberhauptes der DVR mit den Leitern der Städte und Bezirke statt. Die Sitzung war den grundlegenden Ergebnissen der Arbeit vor Ort im Jahr 2017 gewidmet. Alexandr Sachartschenko stellte auch Aufgaben und legte grundsätzliche Orientierungen der kommunalen Staatsorgane im kommenden Jahr fest. „Das vergangene Jahr war nicht einfach. Wenn man die Ergebnisse zusammenträgt, muss man anmerken, dass es gelungen ist vieles zu tun. Vor allem wurden die grundlegenden Fragen gelöst, die mit der Verbesserung der Bedingungen in den Städten verbunden sind. Ich denke, dass diese Arbeiten mit einer „4 plus“ (im deutschen System 2+, Anm. d. Übers.) erledigt wurden. Viele Gäste, die die DVR besuchen, bemerken die Schönheit unserer Städte, die Ordnung, die Arbeit der Grünpflege.

Aber es gibt Bereiche, die eine gründlichere Arbeit erfordern. Erstens ist das die Organisation der Arbeit der kommunalen Dienste. Es ist notwendig, die Effektivität der Arbeit unserer kommunalen Dienste zu erhöhen.

Die Aufmerksamkeit muss auf die Einsatzbereitschaft aller Bombenschutzräume gerichtet werden. Es ist Krieg und wir müssen zu allem bereit sein. Die Menschen müssen wissen, wo sie im Fall einer Verschärfung der Situation Schutz suchen können. Die Einrichtungen müssen kontrolliert werden und vollständig bereit sein.

Zweitens ist das die Arbeit mit Anfragen der Bürger. Davon gibt es sehr viele. Es muss angemerkt werden, dass sich die Situation hier zum Besseren gewendet hat. Im kommenden Jahr 2018 müssen wir die Praxis von 100 Prozent Antworten einführen: keine einzige Anfrage darf eine Weigerung hervorrufen, sie zu bearbeiten. Von einer einfachen Statistik von Anfragen, müssen wir zu einer Statistik der Erfüllung der Anforderungen der Bürger übergehen. Ich weiß, dass nicht alle Probleme schnell gelöst werden können, aber wir müssen mit den Menschen sprechen, die Möglichkeit und Perspektiven der Lösung der Fragen der Einwohner erklären. Auch muss die Grobheit bei Menschen, die die Anfragen annehmen,

ausgemerzt werden. Die Menschen müssen fühlen, dass Volk und Staatsmacht eins sind, wir sind zusammen.

Noch ein weiteres wichtiges Gebiet ist der Kampf gegen die Korruption. Der Kampf gegen diese negative Erscheinung ist ein Teil der Arbeit der Stadtverwaltungen. Dieses Geschwür muss mit glühendem Eisen ausgebrannt werden. Wenn es nötig ist, muss nicht nur hart gehandelt werden, sondern brutal: wenn wir einen Menschen bestrafen, überlegen es sich zehn andere noch einmal. Wenn wir diese Hydra nicht stoppen, wird sie uns überschwemmen, wenn wir sie nicht besiegen, besiegt sie uns. Die Wirtschaft kann nicht funktionieren und sich entwickeln, wenn der Rost der Korruption sie zerfrisst.

Eine nicht weniger wichtige Richtung der Arbeit sind Wissenschaft und Kultur. Vielen mag es scheinen, dass es jetzt nicht die Zeit ist, sich in solchen Sphären zu verzetteln, aber die Wissenschaft und die Kultur sind unsere Zukunft. Ohne sie kann sich kein Staat vollwertig entwickeln. Da es Krieg, unsere Städte sind zerstört, täglich sterben Menschen, es gibt viele Probleme bei den kommunalen Diensten. Aber gerade heute müssen wir die Grundlage der Zukunft legen, damit in einigen Jahren bei uns eine stark entwickelte Wissenschaft gibt und wir unser kulturelles Erbe nicht nur nicht verlieren, sondern es auch vermehren. Dies ist ein langwieriger Prozess, Kultur und Wissenschaft können nicht durch die Bewegung eines Zauberstabs entstehen.

Die gestellten Aufgaben sind anstrengende und schwere Arbeit, aber ich bin überzeugt, dass ihre Professionalität, der Glaube an die Donezker Volksrepublik, die Treue zum Heimatland es uns allen gemeinsam erlauben wird, diese Fragen zu lösen“, sagte Alexandr Sachartschenko. Das Oberhaupt gratulierte allen Leitern von Städten und Bezirken zu den kommenden Feiertagen und wünschte Gutes, Gesundheit und das am meisten Gewünschte – einen großen Sieg!

de.sputniknews.com: Putin: „Neue US-Strategie ist eindeutig aggressiv“

Der russische Präsident Wladimir Putin hat die neue US-Strategie der nationalen Sicherheit als „aggressiv“ verurteilt.

„Die USA haben vor Kurzem ihre Verteidigungsstrategie dargelegt“, sagte Putin bei der Sitzung des russischen Verteidigungsministeriums am Freitag. „In diplomatischer Sprache kann man sagen, dass sie zweifelsohne einen Angriffscharakter aufweist. In militärischer Sprache heißt das aber eindeutig aggressiv.“

Die russischen Militärs forderte der Präsident auf, dies in ihrer praktischen Arbeit zu berücksichtigen.

Putin betonte außerdem, dass die USA den INF-Vertrag verletzen würden. Als Beispiel führte er Rumänien und Polen an: „Amerikanische Raketenabwehrstartanlagen sind in Rumänien bereits stationiert und werden inzwischen auch in Polen entfaltet.“ Zwar seien sie rein formell für die Raketenabwehr bestimmt, in Wirklichkeit seien sie aber universale Anlagen.

„Sie können auch für den Start von seegestützten Marschflugkörpern mit einer Reichweite von bis zu 2500 Kilometern eingesetzt werden. In diesem Fall stellen sie keine seegestützten Raketen dar, sondern können ganz einfach auf den Boden, das Festland verlegt werden“, fuhr der russische Staatschef fort. „Das heißt, dass die Startanlagen für die Raketenabwehr jederzeit in Startanlagen für Mittelstreckenraketen umgestaltet werden können.“

Indem Washington nach angeblichen Verletzungen der Vereinbarung seitens Moskaus suche, trage es zu deren Zerstörung bei. „Und das alles senkt natürlich ernsthaft das Sicherheitsniveau in Europa und der ganzen Welt“, so Putin abschließend.

Dan-news.info: „Alle geplanten Wiederaufbauarbeiten in Jasinowataja sind vollständig abgeschlossen. Um 16:00 Uhr sind nur noch sechs Verbraucher in Mehrparteienwohnhäusern und elf in privaten Häusern nicht an die Gasversorgung angeschlossen und zwar, weil sie nicht anwesend sind“, teilte der Pressedienst des staatlichen Konzerns Donbassgas mit. Die noch fehlenden Verbraucher werden angeschlossen, sobald sie sich melden.

Dan-news.info: Die Lichter an der Hauptneujahrstanne der DVR wurden heute auf dem zentralen Platz der Hauptstadt – dem Leninplatz – angezündet. An der Veranstaltung nahmen der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der DVR Dmitrij Trapesnikow und der Bürgermeister von Donezk Alexej Kulesmin teil.

„Trotz des Krieges und der ständigen Aggression von Seiten der Ukraine lebt unsere Republik ein vollwertiges Leben. Wir bauen unseren Staat auf und feiern Feste. Ich wünsche Ihnen, dass das neue Jahr besser als dieses wird, dass in jeder Familie Wohlergehen, Frieden und Vertrauen in den morgigen Tag herrscht. Zum Neuen Jahr und zu Weihnachten“, sagte Trapesnikow.

An den Feiern nahmen etwa 10.000 Menschen teil. Um die Tanne warteten eine Menge Kinder, dass die Lichter angehen. Für sie gab es Wettbewerbe und Spiele unter Beteiligung von lebensgroßen Puppen in der Rolle von Helden aus bekannten Märchen.

„Dass das neue Jahr unserem Land Frieden bringe. Glück, Gesundheit und Liebe allen. Dass die heiligsten Träume in Erfüllung gehen“, gratulierte Kulesmin den Menschen.

Nachdem Lichter an der Neujahrstanne angezündet waren, ließen Einwohner mehr als hundert weiße Ballons aufsteigen. Dann begann eine Diskothek. Auf dem Platz gibt es einen Markt, wo man Weihnachtsschmuck und handgemachte Souvenirs kaufen kann.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2017/12/dan-news.info-2017-12-22_14-35-09_799860-----2017-9-1024x683.jpg

de.sputniknews.com: Wenn Putin spricht, sollte man zuhören – US-Zeitschrift.

Westliche Medien verschweigen es weitgehend, doch hatte Russlands Präsident Wladimir Putin auch diesmal, bei seiner jüngsten Jahres-Pressekonferenz viel Relevantes zu sagen, schreibt der Kolumnist Patrick Lawrence in „The Nation“. Einiges davon sei ausschließlich Sache der Russen. Aber wenn Putin über Außenpolitik rede, betreffe es alle.

Wenn Putins Innenpolitik in mancher Hinsicht auch kritikwürdig sei, schreibt Lawrence, so sind „in außenpolitischen Fragen die meisten Russen mit ihrem Präsidenten solidarisch“ – was wohl auch Putins Beliebtheitswerte erkläre, die konstant bei über 80 Prozent liegen. Man nehme Syrien als Beispiel. Putin macht keinen Unterschied zwischen dem Islamischen Staat und anderen Terrorgruppen, wie Lawrence schreibt. Besonders interessant wird es aber, wenn Putin über Syriens Zukunft nach dem Kriegsende spricht.

Es gehe um den Wohlstand der syrischen Bürger als Absicherung gegen weiteres Aufflammen des Terrors. Es gehe um die Rückkehr der Flüchtlinge, um die Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern, um den Friedensprozess:

„Es ist sehr wichtig, dass kein einziger Global Player die Lust hat oder in Versuchung gerät, die unterschiedlichen terroristischen, quasiterroristischen und radikalen Gruppen für die Durchsetzung augenblicklicher politischer Ziele zu benutzen“, betonte der russische Präsident laut dem Kolumnisten.

Das sei, so Lawrence, eine ziemlich vernünftige Aussage, die Russland jedoch auch verpflichte. Denn durch die Einmischung in den Syrien-Konflikt habe Moskau die Rolle eines einflussreichen Spielers auf sich genommen.

Und hinsichtlich der Ukraine: Putins Aussagen über die Lage dort stehen natürlich im Widerspruch zu Washingtons Sicht – jedoch nicht im Widerspruch zur Wirklichkeit, schreibt Lawrence. Wie der russische Präsident in aller Ruhe ausführte, sei das Hindernis Nummer 1 auf dem Weg der Konfliktregulierung in der Ukraine die durch und durch korrupte Regierung, die nach dem Putsch 2014 – nicht ohne Einmischung der USA – installiert worden sei.

Der Ausgangspunkt für die Beilegung des Ukraine-Konflikts sei für Putin das Abkommen Minsk-II. Washington aber scheint für die Krisenlösung überhaupt keine Grundlage zu haben – wie sehr sich die US-Administration auch bemühe, den Eindruck zu erwecken, als ob es in Kiew Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung gäbe und als ob die Kiewer Führung nicht abhängig sei von einem Haufen Banditen und fanatischer Neonazis.

Dass diese Gruppen dem Osten der Ukraine weiterhin mit Vergeltung drohen – daran habe Wladimir Putin seine Zuhörer in der Pressekonferenz ebenfalls erinnert. Und er habe in bemerkenswerter Offenheit über Russlands Hilfe an diese Regionen gesprochen: Diese Hilfe könne erst eingestellt werden, so der russische Präsident, wenn die Gebiete in der Ostukraine sich aus eigener Kraft verteidigen können.

Man soll in diesem Zusammenhang auch nicht vergessen, dass Moskau der Umsetzung des Minsker Abkommens nicht ausweiche, schreibt Lawrence. Diesen Prozess störe alleine Kiew – und jene Kräfte in Washington, die hinter diesem Regime steckten. Sie würden weiterhin das verantwortungslose Verhalten Poroschenkos und der ukrainischen Eliten billigen.

Dann war in Putins Pressekonferenz noch das große – und im Westen groß verschwiegene – Thema der Allianz zwischen Russland und China. Dass die Bande zwischen Moskau und Peking erstarken, sei kein Geheimnis. Bemerkenswert aber sei, so Lawrence, dass Putin dieses Thema besonders hervorgehoben habe:

„Ich habe die volle Gewissheit, dass die Entwicklung der Beziehungen zu China in Russland einen gesamtnationalen Konsens hat. Und auch unabhängig vom Ausgang der Wahlen werden Russland und China strategische Partner in langfristiger geschichtlicher Perspektive bleiben“, sagte demnach der russische Präsident.

Es seien ja in letzter Zeit einige wichtige Vereinbarungen erzielt worden: Gaslieferungen nach China von einem arktischen Hafen aus, der derzeit gebaut werde, und der Hochgeschwindigkeitskorridor, der China mit Russland und somit auch mit Europa verbinden werde.

Hat man im Westen denn viel über die Initiative „One belt, one road“ gehört? Dieses Projekt nehme zusehends Fahrt auf, schreibt Lawrence. Und Russland kommt darin die Rolle einer Brücke zwischen Ost und West zu.

Auch über die Eurasische Wirtschaftsunion sprach Wladimir Putin auf seiner Jahres-Pressekonferenz. Was wird dieses Projekt bespöttelt, schreibt der Kolumnist. Die Grundlage der EAWU bilden Russland und die ehemaligen Sowjetrepubliken Belarus, Kasachstan, Kirgisien und Armenien.

Doch einen Tag vor Putins Pressekonferenz – und das sei schon sehr bemerkenswert – haben iranische Medien einen ranghohen Handelsvertreter in Teheran zitiert, der erklärt haben soll, dass der Iran im Februar kommenden Jahres dieser Union offiziell beitreten werde. Wenn das tatsächlich passiert, gewinne die EAWU auf einen Schlag international an Ansehen und Gewicht.

Auch wenn Statistikzahlen trocken klingen, den Erfolg der Eurasischen Wirtschaftsunion belegen sie anschaulich. So sei das wirtschaftliche Wachstum der gesamten EAWU höher als das Wachstum in Russland: um 1,7 Prozent sei das russische Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2017 wohl gewachsen, schreibt Lawrence.

Doch die Zukunftsaussichten der EAWU werden aus einer ganz anderen Tatsache ersichtlich: Es sei schwer vorzustellen, dass eine andere Organisation mit der „One Belt, One Road“-Initiative derart harmonisiere, so der Kolumnist.

Fazit: Auch wenn man die Informationen bei anderen Quellen suchen müsse als den westlichen (wo es sie praktisch nicht gebe) – der Aufwand lohne sich. Denn wenn Putin spricht, sollte man zuhören, so Lawrence.

Dan-news.info: Erklärung Denis Puschilins über den massiven Beschuss des Territoriums der DVR:

Trotz der von der ukrainischen Seite ausgesprochenen Unterstützung des Waffenstillstands und der Erfüllung der Minsker Vereinbarungen verletzt die Ukraine weiterhin den ersten und grundlegenden Punkt der Vereinbarungen – das Regime der Ruhe. Der gestrige Beschuss von Jasinowataja war ein echter Schlag für die Republik. 16 private und Mehrparteienwohnhäuser wurden zerstört, eine Gasleitung und eine Heizleitung durchschlagen, es starb ein friedlicher Bürger, weitere drei wurden verletzt. Einen solch massiven Beschuss hat Jasinowataja seit 2014 nicht erlebt. Daneben wurden von Seiten der ukrainischen Streitkräfte Dolomitnoje und der Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk beschossen. Es stellt sich einfach als unmöglich dar, dies als etwas anderes als eine ernsthafte Provokation zu betrachten, die auf eine Eskalation des Konflikts abzielt. Dabei unterstützen die Streitkräfte der DVR weiter das Regime der Feuereinstellung und halten alle zuvor erreichten Vereinbarungen ein. Wir fordern von der OSZE-Mission eine sorgfältige und transparente Untersuchung der erfolgten Zerstörungen und eine Bestrafung derjenigen, die die Schuld am Tod und der Verletzung von friedlichen Einwohnern des Donbass tragen“.

Der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR, der ständige bevollmächtigte Vertreter der Republik bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe in Minsk Denis Puschilin

de.sputniknews.com: Ein Jahr in Freiheit: Wie sich Aleppo verändert hat

Die syrische Stadt Aleppo feiert schon seit einer Woche den ersten Jahrestag ihrer Befreiung vom Terrorismus. Der syrische Politologe Kemal Jafa hat gegenüber Sputnik erzählt, wie sich die einstige Metropole und das Leben ihrer Bewohner in diesem Jahr veränderten.

„Alles hat sich in diesem Jahr stark verändert. Wir haben fünf Jahre des Horrors überlebt: Der ständige Machtwechsel und immer wieder neue Namen der Terrormilizen, die sich der Armee querstellten und gleichzeitig untereinander kämpften. Aleppo könnte ‚das zweite Stalingrad‘ genannt werden“, sagte Jafa.

„Dann kam es zur grausamen Belagerung. Die Bewohner von Aleppo ernährten sich zwei Jahre lang nur von Weizen und Wasser. Heute gibt es wieder Elektrizität, eine Wasserversorgung und andere Infrastruktur in der Stadt. Sie ist heute fast dieselbe wie vor dem Krieg im Jahr 2012.“

Dem Politologen zufolge ist Aleppo nun außer Gefahr. Terror-Kämpfer würden die Stadt nicht erneut angreifen, weil die Türkei das nicht zulasse.

Wie er allerdings ferner betont, sind die Städte Fua und Kafraja in der Provinz Idlib weiterhin eingekesselt. Die Belagerung dauere nun schon 1.000 Tage an. Die 8.000 Bewohner seien elementarer Lebensmittel beraubt. Die Kämpfer der al-Nusra-Front würden nicht nur die humanitären Konvois blockieren, sondern auch die Fallschirm-Plattformen abschießen, mit deren Hilfe die Regierung Lebensmittel über dem Gebiet abwerfe.

Die Standhaftigkeit der Bewohner würde einmal Teil der Geschichte, ist der Politologe überzeugt.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31781/05/317810560.jpg>

Lug-info.com: Das Oberhaupt der LVR Leonid Psetschnik nahm an der Einweihung der Hauptneujahrstanne der Republik teil, die heute auf dem Theaterplatz von Lugansk stattfand. „Ich bin außerordentlich glücklich, mich gemeinsam mit Ihnen auf diesem Platz zu befinden und das helle Neujahrsgedühl zu teilen. Ich will Ihnen zum Neuen Jahr und zu Weihnachten gratulieren. Heute zünden wir die Festlichter an unserer Neujahrstanne an, und es mögen diese kleinen Zauberlichter für uns Glück, Glauben in unsere helle Zukunft und Erfolge in all unseren Unternehmungen bedeuten“, sagte Pasetchnik.

„Ich wünsche Ihnen eine gute Neujahrstimmung, das Allerbeste und Glückliche, Frieden, Wärme, Lächeln, familiäres Wohlergehen und Glück. Dass ihre Seelen möglichst lange die kindliche Naivität und den Glauben an einen Traum bewahren. Dass Wärmste, Beste und Hellste!“, wünschte er den Einwohnern der Republik.

Auf der Bühne auf dem Platz fand eine Theatervorführung und ein Konzept von Künstlerkollektiven der Stadt statt. Für Kinder gab es Attraktionen und einen Weihnachtsmarkt. Einwohner jeden Alters kamen in Neujahrskostümen, mindestens zehn Väterchen Frost spazierten auf dem Platz und ließen alle Anwesenden sich mit ihnen fotografieren.

300 Kinder aus sieben Tanzgruppen nahmen an einem Flashmob teil. Zuerst begannen plötzlich 200 Tänzer aus den älteren Gruppen auf dem Platz zu tanzen, nach einiger Zeit kamen 100 jüngere hinzu.

Auch der Bürgermeister von Lugansk Manolis Pilawow gratulierte den Anwesenden....

Nachdem Väterchen Frost und die Snjegurotschka die Lichter an der Neujahrstanne angezündet hatten, wurde der Himmel über der Hauptstadt der Republik von einem Feuerwerk erhellt.



[http://img.lug-info.com/cache/3/b/\(1\) IMG_6236.jpg/w620h420wm.jpg](http://img.lug-info.com/cache/3/b/(1) IMG_6236.jpg/w620h420wm.jpg)

Abends:

Dan-news.info: „Um die Entscheidung der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk über eine Feuereinstellung ab 00:00 Uhr am 12. Dezember 2017 zu erfüllen, wurde in allen Einheiten der DVR der Befehl des Leiters der Koordination des Volksmiliz Nr. 961 vom 22. Dezember 217 „Über die Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung“ während des „Neujahrswaffenstillstands“ bekannt gegeben“, heißt es in der Mitteilung Auch der Text des Befehls und die Regelungen zur Kontrolle seiner Einhaltung wurden veröffentlicht.

de.sputniknews.com: Was wird ukrainischer Außenminister Klimkin Gabriel im Donbass zeigen?

Der bevorstehende Besuch der Außenminister der Ukraine und Deutschlands, Pawel Klimkin und Sigmar Gabriel, in der Ostukraine wird sich bestenfalls auf die Hafenstadt Mariupol am Asowschen Meer beschränken, meint der Politologe Alexander Assafow.

„Von einer Visite in die (selbsternannten) Volksrepubliken Donezk und Lugansk wird keine Rede sein. Klimkin will die Reise instrumentalisieren, um weitere Finanzhilfen zu erbetteln und die Aufmerksamkeit ein weiteres Mal auf sich zu lenken“, wird der Experte vom Portal rueconomics.ru am Freitag zitiert.

Klimkin zufolge will er seinem deutschen Amtskollegen den Donbass zeigen. „Das nächste Jahr beginnen wir mit einer gemeinsamen Donbass-Reise“, twitterte der ukrainische Außenamtschef.

„Bei seinem letzten Donbass-Besuch hatte Klimkin gerade in Mariupol Station gemacht: Er zeigte dem EU-Kommissar Johannes Hahn die Stadt, die er als eine Frontstadt bezeichnete. Dabei versuchte Klimkin, Hahn von der Notwendigkeit weiterer Finanzhilfen zu überzeugen.“ „Ich glaube, dass europäische Politiker, darunter auch deutsche, bereit wären, Territorien der Donbass-Volksrepubliken zu besuchen. Aber Klimkin wird das nie tun. Deshalb wird der bevorstehende Besuch wieder Staffage und nur zum Ziel haben, Geld zu erpressen“, schreibt der Autor.

Warum habe Klimkin die Reise vorab angekündigt? Kiew stecke derzeit in einer heiklen Situation. Der Druck vonseiten Europas nehme zu. Dabei meint Assafow die jüngsten Schritte Polens, Ungarns und Rumäniens.

„In Deutschland spricht man bereits mit allem Ernst allmählich von der Notwendigkeit, die gegen Russland verhängten Sanktionen aufzuheben. In Minsk wird wieder der Name Steinmeier im Zusammenhang damit wiederholt, seine Donbass-Formel doch noch zu realisieren.“

Assafow zufolge hat die Reise auch zum Ziel, Spannungen innerhalb des Landes abzubauen. „Die Stimmung in der Ukraine ist angesichts der gegenwärtigen Realitäten alles andere als optimistisch. ‚Europa ist gegen uns‘ – diese These wird jetzt in der ukrainischen Gesellschaft behandelt. Auch Ex-Präsident Leonid Krawtschuk hatte unlängst erklärt, dass das Land auf den Knien liegt, umgeben von Feinden und europäischen Partnern, die jetzt gar keine Partner sind.“

„Klimkin soll eine Nachricht produzieren, die diese traurige Stimmung beendet“, schreibt der Politologe.